



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
KAISERSLAUTERN



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 27, No.3-5/2012

**abgeschlossen am
23. Mai 2012**

	<u>Seite</u>
1. Präsident Obama für gleichgeschlechtliche Ehen	1
2. Repräsentantenhaus verabschiedet Budget Resolution 2013	2
3. Bewilligungsunterausschuss im Repräsentantenhaus setzt sich über Obergrenzen für Rüstungsausgaben 2013 hinweg	5
4. Parteienstreit blockiert Steuerpolitik	6
5. Fortgesetztes Tauziehen um Bundesstraßenbau	8
6. Senatsausschuss spricht sich für neue Strategie im Umgang mit radioaktiven Abfällen aus	9
7. Senator Richard Lugar unterliegt in Vorwahlen seinem republikanischen Herausforderer	10
8. Republikanische Präsidentschaftsvorwahlen: Romney setzt sich durch	11

1. Präsident Obama für gleichgeschlechtliche Ehen

Präsident Barack Obama hat Anfang Mai 2012 in einem Interview mit dem Sender ABC überraschend seine Unterstützung für das Recht auf Eheschließung gleichgeschlechtlicher Paare bekannt gegeben.

Die Erklärung des Präsidenten folgte nur einen Tag nach einem Interview von Vizepräsident Joe Biden, der in dem Gespräch erklärt hatte, aus seiner Sicht sei gegen eine rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare nichts einzuwenden.

Obwohl sich die Obama-Administration seit ihrem Antritt konsequent für die Stärkung der Rechte von Schwulen und Lesben eingesetzt hat, markiert die Neupositionierung eine echte Kehrtwende.

Mit Blick auf die seit längerem hart umkämpfte Frage, die vor allem für religiöse wie konservative Organisationen seit jeher ein rotes Tuch ist, war die Administration bisher einer klaren Positionierung aus dem Weg gegangen.

Gleichwohl hatte das Justizministerium mit Rückendeckung des Präsidenten darauf verzichtet, den 1996 verabschiedeten *Defense of Marriage Act* (DOMA), an dessen Verfassungskonformität Zweifel bestehen, umzusetzen.

Präsident Barack Obama begründete seinen persönlichen Sinneswandel mit Verweisen auf seine Standards von Fairness und Gerechtigkeit und die alltäglichen Erfahrungen im Umgang mit gleichgeschlechtlichen Paaren.

Unter den Befürwortern wie den Gegnern der Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare löste die Stellungnahme des Präsidenten erwartungsgemäß stark emotionale Reaktionen aus.

Inbesondere Vertreter von evangelikal-protestantischen Kirchen und religiösen Organisationen haben scharf protestiert.

Von der Seite der Organisationen von Schwulen und Lesben ist die neue Haltung des Präsidenten dagegen mit Enthusiasmus und Erleichterung über die als überfällig betrachtete Unterstützung aufgenommen worden.

Die Demokraten im Congress reagierten ebenfalls positiv auf Gleichstellungs-Initiative. *Majority Leader* Harry Reid (D-Nevada) erklärte die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare zu einer Frage ziviler Freiheitsrechte, die durch den Staat nicht eingeschränkt werden dürften.

Die demokratische Senatsführung um Reid unterstützt einen Gesetzesvorschlag der Senatorin Dianne Feinstein (D-California), die auf die Aufhebung des *Defense of Marriage Act* von 1996 zielt.

Die Reaktion der Republikaner im Kongress blieb ebenso verhalten wie die des voraussichtlichen republikanischen Präsidentschaftskandidaten Mitt Romney. Romney lehnt gleichgeschlechtlichen Ehen und Zivilpartnerschaften (*civil unions*) grundsätzlich ab.

Entsprechend wollen die Republikaner eine Abschaffung von DOMA verhindern und befürworten einen Verfassungszusatz, der die Ehe als Verbindung zwischen Mann und Frau explizit festschreibt.

Auf den ersten Blick mutet der Vorstoß der Administration politisch als sehr wagemutig an. In 30 Einzelstaaten sind gleichgeschlechtliche Ehen in den letzten beiden Jahrzehnten per Verfassungszusatz als nicht zulässig erklärt worden. Demgegenüber erlauben nur 6 Staaten und der *District of Columbia* (Washington, D.C.) solche Eheschließungen.

In den zurückliegenden Jahren hat sich die Einstellung der breiten Öffentlichkeit in dieser Frage jedoch grundsätzlich gewandelt. Mittlerweile sprechen sich knappe Mehrheiten der Bevölkerung für eine Gleichstellung aus, die noch vor 20 Jahren als kaum vorstellbar galt.

Vor dem veränderten Hintergrund bieten sich für beide Parteien nun Chancen, mit diesem ideologisch hoch aufgeladenen Thema ihre Basis zu mobilisieren, ohne unkalkulierbare Risiken mit Blick auf die breite Wählerschaft einzugehen.

Während Erfolge in der Bürgerrechtspolitik die demokratische Parteibasis emotional stark motivieren können, sehen religiös-konservative Republikaner die Möglichkeit, ihre Anhängerschaft auf die Kandidatur Mitt Romneys einzuschwören.

Konkrete gesetzgeberische Schritte in die eine oder andere Richtung gelten jedoch mit Blick auf das parteipolitische Patt zwischen Repräsentantenhaus und Senat wie den bevorstehenden Wahlkampf als unwahrscheinlich.

2. Repräsentantenhaus verabschiedet Budget Resolution 2013

Das Repräsentantenhaus hat am 29. März 2012 seine Budget Resolution für das Haushaltsjahr 2013 verabschiedet (*House Concurrent Resolution 112*), das rechnungstechnisch in den USA am 1. Oktober 2012 beginnt. Die Entscheidung fiel mit 228 zu 191 Stimmen, wobei die demokratische Minderheitsfraktion geschlossen gegen die Resolution stimmte, während nur 10 Republikaner nicht ihrer Fraktion folgten.

Mit der Budget Resolution legen Repräsentantenhaus und Senat zunächst jährlich den groben Finanzrahmen für die Haushaltsbewilligungen durch den Congress fest. Im Rahmen des sich anschließenden Haushaltszuweisungsprozesses wird unterschieden

zwischen den Ermächtigungsentscheidungen, die der Sache nach im Rahmen der so genannten *Authorization* erfolgen und den Bewilligungsentscheidungen, die der Höhe nach im Rahmen der *Appropriation* vorgenommen werden. Der Haushaltsprozess verläuft also seit dem *Budget and Impoundment Control Act* des Jahres 1974 jährlich entlang eines dreistufigen Prozesses.

Die Budget Resolution 2013 des Repräsentantenhauses geht auf Paul Ryan (R-Wisconsin), den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, zurück.

Ryans Haushaltsplan sieht vor, die im Rahmen des *Budget Control Act* (Public Law 112-25) im vergangenen Jahr verabschiedeten automatischen Haushaltskürzungen zur Bekämpfung der Staatsverschuldung in Höhe von 1,2 bis 1,5 Billionen USD bis zum Jahr 2021 (vgl. CR 7-9/2011, S. 1; CR 10-12/2011, S. 1) durch eine alternative Vorgehensweise zu ersetzen.

Ursprünglich sollte ein so genannter Superausschuss („Joint Select Committee on Deficit Reduction“) Kürzungsvorschläge von mindestens 1,2 Billionen USD im amerikanischen Bundeshaushalt zwischen 2011 und 2021 ausarbeiten, war daran jedoch gescheitert (vgl. CR 10-12/2012, S. 1), so dass ab Januar 2013 automatische Kürzungen („Sequester“) drohen.

Nach den Vorstellungen Ryans und seiner Fraktion soll eine drastische Verringerung der Bundesausgaben in den nächsten zehn Jahren

- durch einen Mix von Einsparungen im Bereich des *discretionary spending*, durch Kürzungen im Bereich der *entitlements* sowie durch Änderungen im Steuersystem erreicht werden.

Unter das so genannte „discretionary spending“ fallen im amerikanischen Bundeshaushalt jene Aufwendungen, über die der Congress jährlich frei entscheiden kann. Sie machen etwa ein Drittel des Haushalts aus, wobei zu ihnen auch die Verteidigungsausgaben zählen. Zu den „entitlements“ gehören die Ausgaben für *Medicare*, *Medicaid* und *Social Security* sowie die Schuldentilgung, die derzeit etwa Zweidrittel des Bundeshaushalts beanspruchen.

Paul Ryans Vorschlag, dem sich das Repräsentantenhaus mit seiner republikanischen Mehrheit angeschlossen hat, sieht vor, dass

- die Ausgaben im Bereich des *discretionary spending* im Haushaltsjahr 2013 statt auf 1,047 Billionen USD auf 1,028 Billionen (also 19 Mrd. USD weniger als ursprünglich beschlossen) begrenzt werden. Ziel ist es, die durch den *Budget Control Act* verfügbaren automatischen Kürzungen („Sequester“) im Bereich der Verteidigungsausgaben dadurch abzumildern.

In diesem Zusammenhang möchte das Repräsentantenhaus die Verteidigungsausgaben auf der Höhe von 554 Mrd. USD jährlich einfrieren und dadurch die eigentlich im

Budget Control Act verfügten automatischen Kürzungen in diesem Bereich von jährlich etwa 55 Mrd. USD umgehen.

Stattdessen sollen alternative so genannte „reconciliation savings“ vorgenommen werden. Sie betreffen zum einen den Bereich des *discretionary spending*, wo die Zahl der Bundesbediensteten bis 2015 um 10 Prozent verringert und die Gehälter eingefroren werden sollen. Außerdem sollen in diesem Bereich Subventionen für Hochgeschwindigkeitsbahnprojekte gestrichen und die Ausbildungshilfen für Studierende sowie Trainingsprogramme für Arbeitsuchende begrenzt werden.

Im Bereich der *entitlements* sieht die Budget Resolution des Repräsentantenhauses Einsparungen von etwa 261 Mrd. USD in den nächsten 10 Jahren vor. So sollen beispielsweise Lebensmittelhilfen für einkommensschwache Amerikaner („Food Stamps“) oder Leistungen im Rahmen von Medicaid gekürzt und Präsident Obamas umfassende Reform des amerikanischen Gesundheitssystems (Public Law 111-148 und 111-152) zurückgenommen werden (vgl. CR 3-4/2010, S. 1). Darüber hinaus sollen die Subventionen für die amerikanischen Bauern verringert werden.

Schließlich sieht die Budget Resolution des Repräsentantenhauses vor, das Einkommenssteuersystem auf zwei Steuersätze (10 und 25 Prozent) zu vereinfachen und die Unternehmenssteuer auf 25 Prozent zu verringern.

Vor allem bei den Demokraten ist der *Reconciliation*-Plan der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus auf heftige Kritik gestoßen. Sie werfen Ryan und seinen Mitstreitern vor, die im *Budget Control Act* des Jahres 2011 vereinbarten Kürzungen der Bundesausgaben „across the board“ aufgeben und bedürftige Amerikaner stärker als wohlhabende belasten zu wollen.

Umgekehrt unterstrich der Vorsitzende des *Budget Committee* im Repräsentantenhaus, Paul Ryan (R-Wisconsin), dass die armen und älteren Amerikaner, „die Bundesregierung am meisten brauchen, und zuerst am härtesten getroffen würden, wenn wir unsere Staatsausgaben nicht unter Kontrolle bekommen“.

Das Repräsentantenhaus hat in diesem Zusammenhang am 10. Mai 2012 eine so genannte „Reconciliation Bill“ (House Resolution 5652; House Report 112-470) verabschiedet – und das gegen den Widerstand der gesamten demokratischen Minderheitsfraktion.

Die Gesetzesvorlage sieht vor, die nach dem Scheitern des „Joint Select Committee on Deficit Reduction“ im November 2011 greifenden automatischen Kürzungen in Höhe von 98 Mrd. USD (davon 55 Mrd. USD im Verteidigungshaushalt), die ab Januar 2013 einsetzen sollen, auszusetzen.

Stattdessen sollen 2013 im Bereich des *discretionary spending* nur 19 Mrd. USD wegfallen, während im Bereich der *entitlements* stärkere Kürzungen erfolgen sollen, um

die im Rahmen des *Budget Control Act* verfügten Einsparungen im Bundeshaushalt zu erzielen.

Die demokratische Minderheitsfraktion im Repräsentantenhaus, die sich geschlossen gegen die „Reconciliation Bill“ ausgesprochen hat, möchte zwar auch ein automatisches *Sequester* vermeiden, will aber keinesfalls die einkommensschwächeren Amerikaner zu Lasten der einkommensstarken im Rahmen der Haushaltskonsolidierung belasten und schlägt Steuererhöhungen vor (vgl. auch Punkt 4).

Der *Majority Leader* im Senat, der Demokrat Harry Reid (D-Nevada), hat in diesem Zusammenhang entschieden, die Budget Resolution 2013 im Senat nicht zur Abstimmung zu stellen und wirft den Republikanern vor, mit ihren Plänen zur *Budget Reconciliation* 2013 das „soziale Sicherheitsnetz“ in den USA zerstören zu wollen. In eine ähnliche Richtung äußerte sich der *Ranking Democrat* im Haushaltsausschuss des Repräsentantenhauses, Chris Van Hollen (Maryland).

Vor diesem Hintergrund und den bevorstehenden Novemberwahlen scheint es unwahrscheinlich, dass sich Republikaner und Demokraten auf eine gemeinsame Vorgehensweise im Umgang mit der Haushaltskonsolidierung und den drohenden automatischen Ausgabenkürzungen werden einigen können.

Vielmehr ist zu erwarten, dass sich das republikanisch kontrollierte Repräsentantenhaus und der demokratisch kontrollierte Senat im Rahmen der Haushaltsbewilligung bis zum 1. Oktober, dem rechnungstechnischen Beginn des Haushaltsjahres 2013, auf keinen gemeinsamen Haushalt einigen werden. Stattdessen dürften wechselseitige Schuldzuweisungen den politischen Diskurs im Congress bis zum Wahltag am 6. November dominieren.

3. Bewilligungsunterausschuss im Repräsentantenhaus setzt sich über Obergrenzen für Rüstungsausgaben 2013 hinweg

Im Repräsentantenhaus hat sich das *Defense Appropriations Subcommittee* am 8. Mai 2012 über die im Rahmen des *Budget Control Act* (BCA) 2011 verfügbaren Obergrenzen für die Rüstungsausgaben im kommenden Haushaltsjahr 2013 hinweggesetzt.

Geht es nach dem Willen des Bewilligungsunterausschusses im Repräsentantenhaus unter der Führung des Republikaners C.W. Bill Young (Florida), dann werden die Verteidigungsausgaben der USA im Haushaltsjahr 2013, das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2012 beginnt, 519,2 Mrd. USD betragen, das sind etwa 8 Mrd. USD mehr als im Rahmen der Haushaltskonsolidierung (BCA 2011) im vergangenen Jahr eigentlich zwischen Präsident und Kongress vereinbart wurden.

Nicht davon betroffen sind die Ausgaben für die Streitkräftekontingente der USA in Afghanistan und im Irak („overseas contingency operations“), für die insgesamt 88,5

Mrd. USD bewilligt werden sollen.

Insgesamt bleiben die Republikaner im Bewilligungsunterausschuss der von ihrer Fraktionsführung im Rahmen der Verabschiedung der Budget Resolution 2013 (vgl. Punkt 2) vorgegebenen Linie treu, nach der das Pentagon von den im Rahmen des *Budget Control Act* verfügbaren automatischen Gesamtkürzungen im amerikanischen Bundeshaushalt von insgesamt 1,2 Billionen USD in den nächsten neuen Jahren bis 2021 möglichst entlastet werden soll, auch wenn dies dann Kürzungen im Bereich der „entitlements“ nach sich ziehen sollte.

Die Obama-Administration hatte im Februar 2012 einen Budgetentwurf für die Verteidigung („non-war Pentagon spending“) für 2013 vorgelegt, der 5,2 Mrd. USD unter den Ausgaben des laufenden Haushaltsjahres liegt. Der Bewilligungsunterausschuss hält das für nicht angemessen und möchte diese Ausgabenkürzung auf maximal 1,1 Mrd. USD begrenzen.

Ähnlich hat sich der Streitkräfteausschuss des Repräsentantenhauses im Rahmen seiner Verabschiedung der Defense Authorization 2013 am 11. Mai 2012 festgelegt.

Geht es nach dem Willen des *House Armed Services Committee*, dann sollen tiefgreifende Einschnitte in die Verteidigungsausgaben im Jahr 2013, so wie sie im BCA 2011 eigentlich zwischen Kongress und Präsident vereinbart worden waren, vermieden werden.

Stattdessen spricht sich der Ausschuss für zusätzliche Rüstungsausgaben in Höhe von etwa 4 Mrd. USD im Haushaltsjahr 2013 aus. Dazu gehören u.a. Ausgaben von 100 Mio. USD für ein Raketenabwehrsystem für die Ostküste der USA. Auch über die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung von Präsident Obama vorgeschlagenen Stützpunktschließungen der *National Guard* möchte sich der Streitkräfteausschuss im Repräsentantenhaus hinwegsetzen.

Ob sich die Demokraten im Senat, wo sie über die Mehrheit verfügen, dieser Vorgehensweise anschließen werden, bleibt abzuwarten. Hier scheint es Überlegungen zu geben, die Ausgaben für *Overseas Contingency Operations* über die von Präsident Obama geforderte Summe von 88,5 Mrd. USD hinaus zu erhöhen und die geplanten zusätzlichen Ausgaben von 5,1 Mrd. USD vom Bewilligungsetat für das Außenministerium abzuziehen.

4. Parteienstreit blockiert Steuerpolitik

Obwohl in der Steuerpolitik der kurz- wie mittelfristige Handlungsbedarf hoch ist, zeichnet sich im Kongress derzeit eine wechselseitige Blockade der Parteien ab.

Sowohl die Demokraten wie auch die Republikaner haben Initiativen eingebracht, die durch Steuererleichterungen die unverändert schleppende Konjunkturerholung stützen sollen.

Zudem warnte eine Mitte Mai 2012 vorgelegte Studie des Congressional Budget Office (CBO) vor den gravierenden Folgen des Auslaufens verschiedener Steuersenkungsgesetze zum Jahresende für die Wirtschaft, die in Kombination mit beschlossenen automatischen Ausgabensenkungen zu einem schockartigen Wachstums-Kollaps führen könnten.

House Majority Leader Eric Cantor (R-Virginia) hat für die republikanische Parteiführung bereits Ende März eine Vorlage zu Steuererleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen (mit bis zu 500 Beschäftigten) eingebracht, die durch Gutschriften in Höhe von bis zu 20 Prozent der Gewinnsumme den Personalausbau fördern sollen.

Das Finanzvolumen der Vorlage wird auf knapp 46 Mrd. USD geschätzt, die dem Bund durch Mindereinnahmen entgehen würden.

Die Demokraten im Senat haben im Gegenzug Steuerbegünstigungen für den Personalausbau vorgeschlagen, die für 10 Prozent der Mehrausgaben eine Verrechnung mit der Steuerschuld bis zu einer Maximalhöhe von 500.000 USD vorsehen.

Die Kosten des demokratischen Vorschlags liegen mit etwa 26 Mrd. USD deutlich unter denen der republikanischen Vorlage.

Zudem laufen zum Ende des Jahres die unter Präsident George W. Bush 2001 beschlossenen Steuersenkungen (vgl. CR 6-7/2001, S. 4) ebenso aus wie die auf Initiative Präsident Barack Obamas verabschiedete Teilaussetzung der Sozialabgaben (payroll tax cut, vgl. CR 1-2/2012, S. 1). Beide Gesetze sind vom Kongress nur kurzfristig verlängert worden.

Während die Republikaner eine dauerhafte Festschreibung der so genannten Bush tax cuts fordern, wenden die Demokraten ein, dass diese einseitig die obersten Einkommensgruppen begünstigen.

Sie wollen das mit dem Auslaufen verfügbare Steueraufkommen stärker zugunsten der Entlastung mittlerer Einkommen verwenden und zugleich einen Beitrag zur Absenkung des Haushaltsdefizits durchsetzen.

Nach den Berechnungen des CBO würde das Auslaufen der Steuererleichterungen der Privatwirtschaft und den privaten Haushalten 2013 etwa 600 Mrd. USD entziehen. Dies würde kurzfristig zu einer Kontraktion der Wirtschaftsaktivitäten führen.

Eine einfache (befristete) Fortschreibung der Steuersenkungen würde dagegen die Konjunktur zunächst stützen, durch erhöhte Schuldenaufnahme die Wirtschaft jedoch langfristig belasten.

Vor den Wahlen im November diesen Jahres scheinen jedoch weder Republikaner noch Demokraten zu Kompromissen bereit, die ihre Wahlversprechen konterkarieren und ihre Verhandlungspositionen abschwächen könnten.

Senate Majority Leader Harry Reid (D-Nevada) erklärte, erst in der *lame duck session* nach den Wahlen und vor dem Zusammentritt des neuen Kongress sei die Aushandlung einer Zwischenlösung möglich.

Der parteipolitische Machtpoker birgt jedoch das Risiko eines neuerlichen Showdowns wie im Falle der Erhöhung des Verschuldungslimits des Bundes (vgl. CR 7-9/2011, S. 1), der die Märkte verunsichert und in einer Verschiebung der Problembehandlung resultiert, die eine mittel- und langfristige Lösung erschwert.

5. Fortgesetztes Tauziehen um Bundestraßenbau

Das Repräsentantenhaus hat am 18. April 2012 erneut eine dreimonatige Verlängerung des bereits 2009 ausgelaufenen und in der Regel auf sechs Jahre angelegten Bundesstraßenbau-Gesetzes (*highway bill*) verabschiedet.

Für die Vorlage stimmten 293 Abgeordnete, dagegen 127. Neben 242 Republikanern sprachen sich auch 69 Demokraten für die Annahme aus.

Die große überparteiliche Mehrheit kaschiert jedoch die grundsätzlichen Konflikte zwischen wie innerhalb der republikanischen und demokratischen Fraktionen in beiden Kammern. Ziel der Annahme der Vorlage war es primär, die Verhandlungen im Rahmen eines gemeinsamen Vermittlungsausschusses von Repräsentantenhaus und Senat führen zu können.

Der Senat hatte bereits im März eine auf zwei Jahre befristete Vorlage zur Fortschreibung der *highway bill* angenommen (vgl. CR 1-2/2012, S. 6), deren Übernahme jedoch von der republikanischen Mehrheit des Repräsentantenhauses blockiert wurde.

Der Senat nahm nun seinerseits die Version des Repräsentantenhauses in abgeänderter Form an und ebnete so den Weg für eine mögliche Kompromissaushandlung.

Die Hauptkontroversen konzentrieren sich unverändert auf zwei Punkte:

- die längerfristige Finanzierung und Defizitbegrenzung und
- die Aufnahme von Bestimmungen zur beschleunigten Genehmigung eines Öl-Pipeline-Großprojekts (*Keystone Oil Pipeline*).

Mit Blick auf die Finanzierung ist vor allem der Ansatz umstritten, kurzfristige Ausgabenerhöhungen mit dem Ziel der Konjunkturbelebung durch langfristige Einsparungen zu kompensieren.

Diesem Ansatz stehen vor allem fiskalkonservative Republikaner mit großer Skepsis gegenüber. Die Streitigkeiten um eine wirksame Begrenzung der Ausgaben hatte bereits verhindert, dass eine von der republikanischen Führung des Repräsentantenhauses um *Speaker* John A. Boehner (Ohio) ausgearbeitete, auf fünf Jahre angelegte Novelle die notwendige Unterstützung innerhalb der Fraktion fand.

Die Aufnahme der Bestimmungen zur Beschleunigung der Genehmigung der aus umweltpolitischen Gründen umstrittenen Öl-Pipeline, die den Transport von Rohöl aus kanadischen Teersand-Vorkommen zu den Raffinerien im Südosten der USA erlauben soll, wird demgegenüber von der Mehrheit der Demokraten abgelehnt.

Die Republikaner fordern jedoch die Beibehaltung unter Verweis auf die durch ein solches Großbauprojekt geschaffenen Arbeitsplätze und die Sicherung der Ölversorgung der USA:

Die demokratische Senatsführung um Harry Reid (Nevada) und der Vorsitzende des Finanzausschusses des Senats, Max Baucus (D-Montana) sehen sich in der Verhandlungen angesichts der zwischenparteilichen Unterstützung für die Senatsvorlage und die Spaltung der republikanischen Repräsentantenhausfraktion in den Verhandlungen im Vorteil.

Ob die republikanische Mehrheit des Repräsentantenhauses kurz vor den anstehenden Wahlen am 6. November 2012 einlenkt, ist mehr als fraglich.

6. Senatsausschuss spricht sich für neue Strategie im Umgang mit radioaktiven Abfällen aus

Im Senat hat sich der Bewilligungsausschuss im Rahmen seiner Beratungen über den Haushalt 2013 für Energie und Wasser („Energy-Water Appropriations“) am 26. April 2012 mit 28 zu 1 Stimmen dafür ausgesprochen, ein Pilot-Projekt zu finanzieren, in dessen Rahmen zentrale Zwischenlagerstätten für radioaktive Abfälle aus den amerikanischen Kernkraftwerken ausgewiesen werden sollen.

Danach soll das Energieministerium innerhalb von 120 Tagen in einem konsensorientierten Verfahren jene Zwischenlager ausweisen, von denen radioaktive Abfälle in den derzeit 104 Kernkraftwerksstandorten in den USA zentral oberirdisch gelagert werden können.

Die Demokratin Dianne Feinstein (California), *Vorsitzende des Energy-Water Appropriations Subcommittee* im Senat, bezeichnete die Entscheidung als „kleinen

Durchbruch im Umgang mit den großen Mengen an hoch radioaktivem Abfall aus mehr als 100 Kernkraftwerken unseres Landes“. „Unsere Regierung“, so die Senatorin weiter, „verfügt über keine arbeitstaugliche Politik, um mit diesen Abfällen umzugehen“.

Der amerikanische Kongress hatte eigentlich schon 1987 im Yucca Mountain in Nevada eine zentrale, unterirdische Endlagerstätte für die radioaktiven Abfälle aller amerikanischen Kernkraftwerksstandorte beschlossen, die jedoch immer wieder am politischen Widerstand der Bürger des Bundesstaats mit einflussreicher Unterstützung durch Harry Reid (D-Nevada), den derzeitigen *Majority Leader* im Senat, scheiterte.

„This has got to end – we have to move now“, erklärte Feinstein, die auf die nukleare Katastrophe von Fukushima in Japan verwies. „Otherwise“, so Feinstein, „there is no future for nuclear energy“.

Im Repräsentantenhaus wurde die Entscheidung des Bewilligungsausschusses im Senat mit Kritik und Ablehnung aufgenommen. Hier scheinen Republikaner und Demokraten entschlossen, das zentrale Endlager in Nevada endlich zu erschließen, und haben dazu im Rahmen ihrer Bewilligungsüberlegungen 25 Mrd. USD ausgewiesen. Eine ähnliche Entscheidung im Rahmen der Budgetbewilligung für das laufende Haushaltsjahr 2012 wurde allerdings im vergangenen Jahr wieder gekippt.

Derzeit unterhalten die USA so genannte dezentrale Zwischenlager an ihren über 100 im Betrieb befindlichen Kernkraftwerksstandorten.

7. Senator Richard Lugar unterliegt in Vorwahlen seinem republikanischen Herausforderer

In den Vorwahlen zur republikanischen Senatskandidatur im Bundesstaat Indiana ist der gegenwärtige Amtsinhaber Richard G. Lugar, der 1976 das erste Mal in den Senat gewählt wurde und 2006 mit 87 Prozent der abgegebenen Stimmen zum sechsten Mal im Amt bestätigt wurde, seinem parteiinternen Herausforderer und Tea Party-Kandidaten Richard Mourdock unterlegen.

Lugar gilt als moderat und ist der führende Republikaner im Auswärtigen Ausschuss des Senats, den er auch als Vorsitzender leitete. 1991 im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion gelang es ihm in Zusammenarbeit mit dem damaligen demokratischen Senator und Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses Sam Nunn (Georgia), den Anstoß für das *Nunn-Lugar Threat Reduction Program* zu geben, das der Kongress 1992 verabschiedete. Es trug wesentlich dazu bei, die Nuklearwaffen der zerfallenden Sowjetunion zu sichern und danach etwa 7.500 dieser Waffen abzurüsten.

Lugars sehr große Verdienste in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik hielten die republikanischen Wähler in den Vorwahlen allerdings nicht davon ab, sei-

nem Herausforderer Mourdock ihre Stimme zu geben, der das wachsende Gefühl der Unzufriedenheit mit der Bundesregierung in Washington offensichtlich besser zu kanalisieren wusste. Hinzu kam, dass Lugar in Indiana keinen festen Wohnsitz mehr unterhielt, für viele Wählerinnen und Wähler offensichtliches ein Indiz für seine Ferne von der Parteibasis und von den Sorgen und Wünschen der Wähler.

Dass Lugar, der über die Parteigrenzen hinweg sehr geschätzt wird, nun in den Vorwahlen zur republikanischen Senatskandidatur unterlag, ist für viele ein Zeichen für den rasanten Wandel, dem die republikanische Partei unterliegt. Auch in Arizona, Missouri und Nebraska bemühen sich der *Tea Party* nahe stehende Kandidatinnen und Kandidaten um einen Sieg in den Senatswahlen 2012.

Damit setzt sich der konservative Trend in der republikanischen Partei fort, die im Jahr 2010 auf Grund des Erfolges vieler neu gewählter der *Tea Party* nahe stehender Kandidaten die Republikaner die Mehrheit im Repräsentantenhaus zurückerobern konnten (vgl. CR 11-12/2010, S. 11; CR 1-2/2010, S. 13).

Die Folge war eine Radikalisierung der republikanischen Fraktion, die sich unter anderem in den Verhandlungen um den *Budget Control Act* 2011 niederschlug und zu einer zunehmenden parteipolitischen Polarisierung im Repräsentantenhaus geführt hat (vgl. CR 1-2/2012, S. 10).

Ob es den Republikanern gelingen wird, mit ihren der *Tea Party* nahe stehenden Kandidaten die Mehrheit im Senat zu erobern, bleibt abzuwarten. Lugar war auf jeden Fall das einzige Mitglied seiner republikanischen Senatsfraktion, das sich im Senatsplenum nicht gegen Präsident Obamas Gesundheitsreform aussprach. Sein insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik ausgeprägter Hang zur Überparteilichkeit scheint ihm politisch in Indiana nun zum Verhängnis geworden zu sein. So brachte es sein Fraktionskollege Jeff Sessions (R-Alabama) gut auf den Punkt: „Nobody disliked Senator Lugar, everybody knew he was competent, but there is a sense that we’re not moving enough to address the American people’s concerns...and all of us need to be alert.”

8. Republikanische Präsidentschaftsvorwahlen: Romney setzt sich durch

Gouverneur Mitt Romney (Utah) ist es Mitte April 2012 gelungen, mit einer Reihe weiterer Erfolge in den Vorwahlen seinen letzten ernsthaften Gegner, den früheren Senator Rick Santorum (Pennsylvania), aus dem Rennen zu drängen und sich damit als de facto-Kandidat der Republikanischen Partei in den anstehenden Präsidentschaftswahlen im November zu etablieren.

Senator Santorum konnte zwar im März seine Siegesserie im *Deep South* der USA (vgl. CR 1-2/2012, S. 12) mit klaren Mehrheiten in Kansas, Alabama, Mississippi und Louisiana fortsetzen.

Romney dominierte jedoch in den übrigen Landesteilen und setzte sich mit Siegen vor allem in Virginia, Massachusetts, Idaho, North Dakota, Vermont und, von besonderer Bedeutung, dem bevölkerungsstarken Illinois von seinem Konkurrenten ab.

Für Rick Santorum wurde es mit dem wachsenden Vorsprung Romneys in der Anzahl der Delegiertenstimmen zunehmend schwierig, noch an ein Szenario für eine mögliche Nominierung auf dem Parteitag im August zu glauben.

Zudem zeichnete sich ein schwieriger Wahlkampf gegen Romney in Santorums Heimatstaat Pennsylvania ab und das Risiko einer blamablen Niederlage. Santorum drohte damit die Gefahr, in die Ecke des schlechten Verlierers gedrängt zu werden, der in der Zeit nach den Wahlen kaum eine Chance auf Mitgestaltung der republikanischen Politik hätte.

Santorums Team nannte darüber hinaus die lebensbedrohliche Erkrankung der behinderten Tochter des Senators als wichtigen Grund für die zu diesem Zeitpunkt überraschende Aufgabe der Kandidatur.

Demgegenüber blieb der frühere *Speaker* Newt Gingrich (Georgia), der nach dem unerwarteten Höhenflug in der Frühphase des Vorwahlkampfes und dem ebenso schnellen wie jähen Absturz keinerlei Durchbrüche selbst in den konservativen Staaten des Südens hatte erzielen können, zunächst im Rennen.

Erst als nach dem Abtritt Santorums der erhoffte Zuspruch für Gingrich als dem letzten verbleibenden genuin konservativen Kandidaten ausblieb, zog er Anfang Mai einen Schlusstrich unter seine Kandidatur.

Wenngleich mit sichtlich geringem Enthusiasmus beglückwünschten Santorum und Gingrich den Kronprinzen der Partei und erklärten ihren Unterstützung im Wahlkampf gegen Präsident Barack Obama.

Die bereits zu einem früheren Zeitpunkt ausgeschiedenen Kandidaten Rick Perry, Gouverneur von Texas, und die Abgeordnete Michelle Bachman (Minnesota) sprachen sich nun ebenfalls für Mitt Romney aus.

Der einzig verbleibende Gegenkandidat Romneys ist der unermüdliche Abgeordnete Ron Paul (Texas), der den verbleibenden Vorwahlkampf und den Parteitag für die Propagierung seines libertär-konservativen Programms nutzen will.

Gouverneur Mitt Romney hat sich ungeachtet der zahlreichen erlittenen Rückschläge damit faktisch die Nominierung durch seine Partei gesichert, für die er mehr als fünf Jahre nahezu ununterbrochenen Wahlkampf betrieben hat.

Allerdings ist die republikanische Präsidentschaftsnominierung gegenwärtig nicht das noch vor einem Jahr erwartete sichere Ticket ins Weiße Haus und der harte Vorwahlkampf hat sichtliche Spuren in Romneys Image hinterlassen.

Während sich Romney gerne als kompetenter Wirtschaftsfachmann präsentieren möchte, der das Zeug hat, auch in verfahrenen Situationen eine Wende herbeiführen zu können, hat ihn der Konkurrenzdruck im Vorwahlkampf weit nach rechts außen gedrängt.

Vor allem unter Frauen und Latinos haben Romneys Positionierungen in sozialmoralischen Fragen wie in der Einwanderungspolitik, die Glaubwürdigkeit unter den extrem konservativen Vorwählern sichern sollten, eine tiefe Skepsis hinterlassen.

Die verbleibenden Vorbehalte unter konservativen Parteianhängern erschweren es ihm, sich in dem kommenden Hauptwahlkampf auf die politische Mitte hin zu bewegen, deren Votum für den Ausgang der Wahlen aber entscheidend ist.

Zuversicht kann Romney allerdings aus dem Umstand ziehen, dass die Situation für Präsident Barack Obama derzeit kaum besser aussieht.

Die aktuellen Meinungsumfragen signalisieren zumeist ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Kandidaten oder einen leichten Vorsprung Obamas. Dies kann nicht als Prognose für den Wahlausgang im November gelesen werden, zeigt aber pointiert die Ausgangskonstellation für den Wahlkampf auf.

Die schleppende Konjunkturerholung, die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die weiter schwelende Krise am privaten Immobilienmarkt bei gleichzeitig dramatisch angestiegener Verschuldung des Bundes, die politischer Gestaltung enge Grenzen setzt, markieren die Achillesferse des Präsidenten in der Wirtschaftspolitik.

Ungeachtet der vergleichsweise hohen persönlichen Popularität von Präsident Obama wollen breite Teile der Öffentlichkeit überzeugendere Resultate sehen und sind gegenüber den republikanischen Alternativen nicht grundsätzlich abgeneigt.

Die zu hohen Staatsausgaben und Haushaltsdefiziten korrespondierenden Schwächen der republikanischen Wirtschaftspolitik sind harte soziale Einschnitte und die auf die oberen Einkommensgruppen zugeschnittenen Steuervergünstigungen.

Angesichts der tief sitzenden Verunsicherung der Wählerschaft und der erkennbaren Bereitschaft zu einem politischen Wechsel dürfte der Entwicklung der Wirtschaftsaussichten bis Ende des Sommers eine zentrale Rolle zukommen. Aufkeimender Optimismus könnten Barack Obama den notwendigen Rückenwind verschaffen, wieder aufflackernder Pessimismus Mitt Romney eine Chance eröffnen.

Doch die beiden Wahlkampfteams werden ihre Strategien kaum auf die unabsehbaren konjunkturellen Trends aufbauen. Vielmehr lässt die augenscheinliche Offenheit der Entscheidung einen überaus harten Wahlkampf erwarten.

Mitt Romneys Team verfügt ungeachtet des Vorsprungs von Obamas Team in der

Einwerbung von Spendenmitteln über Potenzial zur Finanzierung eines aggressiven Wahlkampfes.

Hinzu kommt der traditionelle Vorteil der Republikanischen Partei in den Aktivitäten unabhängiger Organisationen, die von einzelnen oder Gruppen wohlhabender Privatpersonen finanziert werden (*independent expenditures*) und ihre Werbekampagnen häufig auf persönliche Angriffe gegen die Kandidaten ausrichten.

In dem erwarteten Kopf-an-Kopf-Rennen spielt zudem die Mobilisierung der jeweiligen Basis eine potenziell die Wahl entscheidende Rolle.

Für die Demokraten ist die Mobilisierung ihrer Stammwählerschaft eine nicht zu unterschätzende Herausforderung. Der enorme Enthusiasmus von 2008 hat in breiten Teilen einer nachhaltigen Ernüchterung Platz gemacht.

Für die Republikaner kommt es dagegen darauf an, vor allem die religiös-konservativen Elemente ihrer Parteibasis einzubinden. Die so genannten *social issues*, sozialmoralische Streitthemen wie die Rolle der Religion im öffentlichen Raum (vgl. CR 1-2/2012) oder die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften (siehe Punkt 1), sind in dieser Hinsicht die zentralen Instrumente der Mobilisierung.

Außen- und sicherheitspolitische Fragen werden in dem kommenden Wahlkampf augenscheinlich nur eine nachgeordnete Rolle spielen, die Umweltpolitik primär in Bezug auf die Wirtschaftsentwicklung diskutiert werden.

Doch selbst in der Wirtschafts- und Fiskalpolitik geht es den Wählern weniger um eine Grundsatzentscheidung zwischen diametral entgegengesetzten Programmen als vielmehr um eine Art Referendum über die Leistungsbilanz der Obama Administration.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

<http://www.uni-kl.de/politik/>